

**Niederschrift
Einwohnerversammlung
der Stadt Lütjenburg
vom 29. Oktober 2014
in der Mensa des Hoffmann-von-Fallersleben-Schulzentrums**

Beginn: 19.00 Uhr

Ende: 20.56 Uhr

Anwesend:

Bürgermeister Klaus

Bürgermeister Sohn

Frau Manuela Söller-Winkler / Staatssekretärin im Innenministerium des Landes SH

Frau Evelyn Jäger / Referatsleiterin (Aufnahme und Integration von Migranten)

Stadtvertreter/innen: Bruhn, Danker-Isemer, Först, Hansen, John, Laskowsky, K. Panitzki, J. Panitzki, Pundt-Bernatzki, C. Seick, Treder-Behrens, Voß, Weng, Wertz, Zillmann, Zoglauer

bürgerliches Mitglied N. Laskowsky, Schulz

Herr Leyk / Stadt Lütjenburg

Frau Heinbockel / Konversionsmanagerin

Frau Plöger / Gleichstellungsbeauftragte

Herr Less / Amt Lütjenburg

Frau Gothsch / KN, Herr Wilhelmy / OH-Anz.

220 Zuhörer/innen

Die Einwohner/innen der Stadt Lütjenburg sind zu der Einwohnerversammlung mit folgenden Tagesordnungspunkten eingeladen:

1. Konversion
2. Erstaufnahme Asylbewerber
3. Baumaßnahmen (allgemein)
4. Anregungen und Vorschläge

Bürgermeister Klaus begrüßt die anwesenden Bürgerinnen und Bürger, die Gäste und insbesondere die Staatssekretärin im Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein, Frau Söller-Winkler. Er verweist auf die Tagesordnung und die Möglichkeit der Aussprache nach jedem Tagesordnungspunkt.

Aus der Einwohnerversammlung heraus besteht hinsichtlich der Tagesordnung kein Ergänzungsbedarf.

Bürgermeister Klaus informiert über die einzuhaltenden rechtlichen Rahmenbedingungen für die Einwohnerversammlung und teilt als Folge mit, dass während der laufenden Veranstaltung durch das anwesende Team des Norddeutschen Rundfunks keine Aufnahmen erfolgen werden. Das gelte jedoch nicht für den Bereich außerhalb des Sitzungssaales.

1. Konversion

Bürgermeister Sohn berichtet über die Entwicklung, die sich seit dem 25.10.2013 ergeben hat. Das Ergebnis eines öffentlichen Workshops wurde unter Beteiligung der städtischen Gremien sowie der Aufsichtsbehörden (Kreis und Land) umgesetzt. Ziel ist, dass im Jahr 2015 baureife Flächen zur Verfügung stehen und sodann erste Baugenehmigungen erteilt werden können.

Hinsichtlich der weiteren Inhalte des Sachvortrages wird auf die beigelegte Anlage verwiesen.

Aufgrund einer Anfrage aus der Einwohnerversammlung berichtet Bürgermeister Sohn über die Zusammenarbeit mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA). Nach ersten Startschwierigkeiten kann nunmehr eine sehr positive Zusammenarbeit zum Wohle aller Beteiligten festgestellt werden.

2. Erstaufnahme Asylbewerber

Bürgermeister Sohn informiert über die aktuelle Ausgangssituation und über die erforderlichen Maßnahmen, die durchzuführen wären, um eine geplante Erstaufnahme in der Schill Kaserne in Lütjenburg einzurichten.

Für die Inbetriebnahme des Areales müsste mit einer Vorlaufzeit von mindestens 8 Monaten gerechnet werden. Er stellt klar, dass die Erstaufnahme in der Zuständigkeit des Landes liegt und die anschließende Unterbringung Angelegenheit der Kreise und Kommunen wäre. Insofern handele es sich um zwei Themen, die getrennt zu betrachten sind.

Als Fazit kann zunächst festgestellt werden, dass eine Erstaufnahme in Neumünster mit Unterstützung der Gemeinde Boostedt sichergestellt ist; insofern liegt kein Druck zur Einrichtung einer weiteren Erstaufnahmeeinrichtung vor. Für Lütjenburg gelte jedoch, dass das Thema noch nicht „zu den Akten gelegt“ werden kann.

Hinsichtlich der weiteren Inhalte des Sachvortrages wird auf die beigelegte Anlage verwiesen.

Sodann gibt Frau Söller-Winkler, Staatssekretärin im Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein, einen Abriss der Thematik aus Landessicht.

Nach derzeitiger Prognose könnten dem Land rund 6.700 Flüchtlinge zugewiesen werden. Die Flüchtlinge werden nach einer bestimmten Quote auf die Länder verteilt („Königsteiner Schlüssel“). Die Bedarfsdeckung erfordert eine Bereitstellung von ca. 1.200 Plätzen. In Kürze wird eine Kapazität von 1.300 Plätzen vorhanden sein (800 für Neumünster, 500 für Boostedt). Es ist festzustellen, dass nach heutigem Stand das Land eine ausreichende Kapazität zur Verfügung stellt. Da eine weitere Entwicklung jedoch nicht vorhersehbar ist, müsse Lütjenburg als weitere Option für eine Erstaufnahme bestehen bleiben.

Hinsichtlich der Verweildauer in der Erstaufnahmeeinrichtung teilt Frau Söller-Winkler mit, dass diese derzeit 10 - 14 Tage, maximal 3 Wochen, beträgt. Hier sei es wünschenswert, eine grundsätzliche Verweildauer von 6 Wochen vorzusehen.

Dieser Zeitraum wäre für die Menschen erforderlich für ein „Ankommen“, familiäre Selbstfindung, Verarbeitung der Erlebnisse und Erreichung einer erforderlichen Ruhe. Daneben wäre es auch wünschenswert, in diesem Zeitraum das Verwaltungs- und Sozialverfahren (mögliche Familienzusammenführungen) abzuwickeln. Eine Erhöhung der angestrebten Verweildauer würde aber auch unmittelbare Auswirkungen auf die Kapazitäten haben. Erforderliche Lösungsansätze werden derzeit im Rahmen einer Agenda auf Bundesebene diskutiert.

Als Fazit stellt Frau Söller-Winkler fest, dass akut kein Handlungsbedarf im Rahmen dieses schwierigen Themas besteht, jedoch sind zu diesem Zeitpunkt keine präzisen Festlegungen hinsichtlich künftiger erforderlicher Kapazitäten möglich. Insofern können derzeit keine Ausschlüsse von Orten / Kapazitäten vorgenommen werden. Deshalb müsse die Option, eine Erstaufnahme in Lütjenburg einzurichten, weiterhin freigehalten werden.

Aus dem Kreise der Einwohnerversammlung ergeben sich Fragen zu folgenden Themen / Problemen:

- a) Prognose zu möglichen Wertverlusten für Grundstückseigentümer
- b) Weitere Kasernenanlagen, die für eine Erstaufnahme zur Verfügung stehen (z. B. Kiel), Abwägungs- und Entscheidungskriterien
- c) Zu erwartender „Andrang“ und dessen unmittelbare Folgen
- d) Etwaige Einrichtung einer Erstaufnahme in Lütjenburg und gleichzeitige Fort- und Umsetzung der Konversion
- e) Favorisierung und Ranking in Frage kommender Standorte
- f) Auswirkungen / Entlastungen für den Bereich des Kreises Plön bei Einrichtung einer Erstaufnahme in Lütjenburg
- g) Zunahme sozialer Spannungen, Zuwachs von Problemen für das gemeindliche Leben in der Stadt
- h) Einbindung und Zusagen der Landesregierung (Ministerpräsident / Innenminister), finanzielle Begleitung und Unterstützung von Initiativen und Projekten vor Ort
- i) Erfahrungen aus der Erstaufnahmestelle Neumünster / Boostedt, Situation der Flüchtlinge durch Beschäftigungsverbote, bevorzugte Einrichtung einer Erstaufnahme in Oberzentren (tragbares Verhältnis von Flüchtlingszahl und Einwohnerzahl), Erarbeitung eines Betreuungskonzeptes, Lasten- und Kostenverteilung, bisherige Erfüllung der Quote in Lütjenburg
- j) Einrichtung einer Erstaufnahme ohne Votum der Stadt, ggf. Kapazitätsbegrenzung auf 300 Plätze
- k) Ausschreibung von Betreuungsleistungen und Rekrutierung erforderlichen Personals

Die aufgetretenen Fragen und Problemfelder werden ausführlich und erschöpfend durch Frau Söller-Winkler, Frau Jäger, Bürgervorsteher Klaus und Bürgermeister Sohn beantwortet.

Mit Abschluss des Tagesordnungspunktes bekräftigt Bürgermeister Sohn die gewünschte und nunmehr erfolgte umfängliche Bürgerinformation und -beteiligung. Durch den Vortrag der Staatssekretärin und die umfassende Beantwortung der aufgetretenen Fragen konnten viele Informationen gewonnen werden. Sollte sich die Einrichtung einer Erstaufnahme künftig abzeichnen, soll durch frühzeitige Einbindung der Landesregierung die erforderlichen detaillierten Lösungen der Erstaufnahme und Betreuung erarbeitet werden.

Mit einem herzlichen Dank verabschiedet Bürgervorsteher Klaus Frau Söller-Winkler und Frau Jäger aus der Einwohnerversammlung und bedankt sich bei allen Beteiligten für die sachgerechte Diskussion.

3. Baumaßnahmen (allgemein)

Bürgermeister Sohn berichtet über die laufenden Straßenunterhaltungs- und Reparaturmaßnahmen sowie die Baumaßnahmen, die in Kürze abgeschlossen werden (z. B. Umgestaltung Gildenplatz) bzw. die ab 2015 zur Umsetzung heran stehen. Für den ständigen Einsatz spricht er dem Bauhofpersonal seinen besonderen Dank aus.

Zu dem Sachvortrag des Bürgermeisters liegen keine Wortmeldungen aus der Einwohnerversammlung vor.

Hinsichtlich der weiteren Inhalte des Sachvortrages wird auf die beigelegte Anlage verwiesen.

4. Anregungen und Vorschläge (Verschiedenes)

1. Herr Peter Knobloch, Mitglied des Beirates Soziale Stadt, informiert über die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft zum Thema „Ehrenamt“. Hier sollen bereits ehrenamtlich tätige Bürgerinnen und Bürger mit Interessenten für die verschiedenen Aufgabenbereiche zusammengeführt werden.

Nach Abschluss einer ersten Findungsphase soll die Arbeitsgruppe künftig als Anlaufstelle angeboten werden. Herr Knobloch verweist auf einen Informationsflyer des Freiwilligenzentrums im Kreis Plön, der zur Mitnahme bereit liegt und lädt alle Interessierten zu der nächsten Sitzung des Beirates Soziale Stadt am 27.11.2014, 18.00 Uhr, Rathaus, ein.

2. Stadtvertreter Joscha J. John gibt seine Mandatsniederlegung mit Ablauf des 31.10.2014 bekannt. Er verabschiedet sich mit einem herzlichen Dank an Alle für das bisherige Zusammenwirken und mit der Hoffnung, eines Tages nach Lütjenburg zurück zu kehren.

3. Frau Victoria Löptien verweist auf Behinderungen durch parkende Fahrzeuge für Abbieger aus der Friedrich-Speck-Straße Richtung Kieler Straße sowie auf Verschmutzungen durch Hunde (Bereich Hochmode/ Nienthal).

Bürgermeister Sohn teilt mit, dass das verkehrsrechtliche Problem bereits erkannt ist und eine Lösung durch den Bau- und Umweltausschuss in Kürze auf den Weg gebracht wird. Dem Problem der Verschmutzung durch Hunde soll durch Aufstellung einer entsprechenden Entsorgungsmöglichkeit begegnet werden.

Aufgrund eines weiteren Hinweises aus der Einwohnerversammlung hinsichtlich der Verschmutzung durch Zigarettenkippen in gepflasterten Bereichen der Stadt teilt Bürgermeister Sohn mit, dass aufgrund der begrenzten Personalausstattung nicht akut an jeder Stelle sofort Müll beseitigt werden kann, kommt aber insgesamt zu dem Ergebnis: „Lütjenburg ist eine bemerkenswerte, saubere Stadt“!

4. Herr Rainer Präbst regt an, eine Einrichtung für WLAN-Nutzer zu installieren (z. B. Amakermarkt, Rondell). Bürgermeister Sohn erklärt, dass die Angelegenheit bereits in den städtischen Gremien diskutiert wird. Daneben besteht in der Tourist-Information bereits eine entsprechende Möglichkeit, eine weitere wird ggf. im Zusammenhang mit der Errichtung einer neuen Uhr auf dem Gildenplatz realisiert (Hotspot).
5. Herr Deutschbein fragt, ob im Zusammenhang mit Fahrbahnausbesserungen im Bereich Hochmode eine Kostenbeteiligung durch die Grundstückseigentümer zu erwarten sei. Bürgermeister Sohn teilt mit, dass eine Kostenbeteiligung nicht vorgesehen ist. Im Stadtgebiet werden zurzeit an mehreren Orten Ausbesserungsarbeiten ausgeführt. Bei Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel werden die laufenden Reparaturarbeiten auch im Jahr 2015 nach Prioritäten abgewickelt.

Bürgervorsteher Klaus bedankt sich sodann bei den Einwohnerinnen und Einwohnern für das Interesse und die rege Beteiligung und schließt die Einwohnerversammlung.

Bürgervorsteher

Protokollführer